

Parlamentswahlen: Niedergang der UNP nach 17 Jahren?

von R. Cheran und Walter Keller

Am 16. August 1994 werden in Sri Lanka vorgezogene Parlamentsneuwahlen stattfinden. Sie werden über das weitere Schicksal der seit nunmehr 17 Jahren ununterbrochen regierenden, derzeit aber stark angeschlagenen und in zahlreiche Fraktionen zersplitterten, 'United National Party' (UNP) entscheiden. Die Nachricht, daß Exekutiv-Präsident D.B. Wijetunga das Parlament am 24. Juni aufgelöst habe und vorgezogene Neuwahlen durchführen lasse, hatte die Schlagzeilen Ende Juni beherrscht. Das Kabinett war von Wijetungas Entscheidung völlig überrascht worden, und Premierminister Ranil Wickremasinghe hätte - wie auch einige andere Minister - die Parlamentswahlen lieber nach den Präsidentschaftswahlen gesehen. Wijetungas Schachzug gewinnt an Bedeutung angesichts der Zerstrittenheit innerhalb der regierenden (UNP): Um einen UNP-Sieg zu ermöglichen, sind die verschiedenen Fraktionen - Gamini Dissanayake-Fraktion, Srisena Cooray-Fraktion, Hema Premadasa-Gruppe und Ranil Wickremasinghe-Fraktion - nun zur Zusammenarbeit gezwungen. Seitdem der Wahltermin feststeht, kommt es täglich in zahlreichen Landesteilen zu - zum Teil gewalttätigen - Auseinandersetzungen zwischen Unterstützern der miteinander konkurrierenden Parteien. Bis 25. Juli zählte die Polizei bereits über eintausend Vorfälle, wobei zahlreiche Menschen den Tod fanden. In zwei Häusern Colombos und einem Lieferwagen fand die Polizei außerdem 700 Kilogramm Sprengstoff, die nach Angaben der Polizei von sechs in die Hauptstadt eingedrungenen Selbstmordkommandos der LTTE - genannt 'Black Tigers' - für Terrorakte genutzt werden sollten. Unter den eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen leiden vor allem wieder die schätzungsweise 100.000 Tamilen, die in den vergangenen Jahren auf der Flucht vor militärischen Auseinandersetzungen im Nordosten des Landes nach Colombo geflüchtet sind. Hunderte, die der Polizei "keine zufriedenstellende Erklärung für ihren Aufenthalt in Colombo" - so der offizielle Sprachgebrauch - geben konnten, wurden allein während der vergangenen Wochen wieder verhaftet - die meisten allerdings "nur" für kurze Zeit.

Für den Betrachter stellt sich die Lage derzeit recht unübersichtlich dar. 1.395 Männer und nur 45 Frauen aus dreizehn politischen Parteien sowie 26 unabhängigen Gruppierungen, konkurrieren um die 196 gewählten Parlamentssitze in den 22 Distrikten des Landes. Hinzu kommen noch einmal 29 Sitze, die über Landespunkte abgesichert werden.

Die regierende UNP hat insgesamt 246 Kandidaten aufgestellt und ist - wie schon in den Jahren zuvor - wieder eine Allianz mit dem 'Ceylon Workers Congress' (CWC), der einflußreichen Vertretung der tamilischen Plantagenarbeiter im zentral-srilankischen Bergland, eingegangen. CWC-Führer S. Thondaman, der für ein erneutes Zusammengehen mit der UNP von Präsident Wijetunga die

Zusage zur Umsetzung eines Fünf-Punkte-Programms zur Verbesserung der Lebenssituation der Plantagenarbeiter erhielt, hat neben anderen CWC-Mitgliedern einen sicheren UNP-Listenplatz erhalten.

Die größte Oppositionspartei, die 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) unter der Ex-Premierministerin Sirimavo Bandaranaike, ist stärkste Partei innerhalb eines Bündnisses ('People's Alliance', PA), das aus weiteren zehn Parteien besteht. Darunter befinden sich die trotzkistische LSSP und die Kommunisten (CP) sowie die 'Sri Lanka Mahajana Party'-YP Silva Fraktion, der 'Sri Lanka Moslem Congress', die 'Democratic United National Front'-Lalith Fraktion, der 'Ceylon Workers Congress'-Sellasamy

Fraktion und die 'Nava Sama Samaji Party'-Nanayakkara Fraktion.

Die 'Up-Country People's Front' (UPF) unter ihrem charismatischen Führer Chandrasegaran ist der Oppositions-Allianz nicht beigetreten. Die PA hätte sie gerne als Gegengewicht zum CWC Thondamans in ihren Reihen gehabt, weil die UPF in einigen Regionen des Tee-Hochlandes zunehmend Einfluß auf die tamilischen Plantagenarbeiter gewinnt. Die Popularität von Chandrasegaran und seinen beiden Stellvertretern, Cader und Tharmalingam, ist seit ihrer vor kurzem erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis ständig gestiegen. Sie waren fast drei Jahre aufgrund des Vorwurfs inhaftiert, einem LTTE-Mitglied Unterschlupf gewährt zu haben, das einen Anschlag auf das Hauptquartier des 'Joint Operation Command' (1991) durchgeführt haben soll. Die UPF hat nur Kandidaten in der Plantagenregion um Nuwara Eliya aufgestellt.

Von den tamilischen Parteien unterstützt die 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF) die 'Peoples Alliance' im Nordosten, während die 'Tamil United Liberation Front' (TULF) im Süden - hier vor allem im Raum von Colombo - mit der PA kooperiert. Im Osten genießt der 'Sri Lanka Muslim Congress' (SLMC), der auch in die Oppositionsallianz eingebunden ist, große Popularität und wird dort auch von der kleinen 'Liberal Party' unterstützt.

Wahlen auch im Nordosten der Insel

Selbst auf der militärisch umkämpften Jaffna-Halbinsel sollen Wahlen stattfinden, obwohl dort ohne die Zustimmung der LTTE nichts geht. Und eine Zusammenarbeit mit den tamilischen Rebellen ist kaum zu erwarten. Versuche, mit der LTTE hierüber zu verhandeln, waren bislang erfolglos. Offiziell sind die 'Tigers' strikt gegen Wahlen in den von ihnen kontrollierten Gebieten; sie haben allerdings bisher die Wahlvorbereitungen noch nicht durch militante Aktionen gestört. Einige der kandidierenden unabhängigen Gruppen, vor allem in den östlichen Distrikten von Batticaloa und Ampara, werden von der LTTE aber offenbar stillschweigend unterstützt.

Im von der Armee kontrollierten Gebiet von Tellippallai auf der Jaffna Halbinsel sowie auf einigen Jaffna vorgelagerten Inseln, hatte die Regierung



Gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen, kann sich die 'People's Alliance' ausrechnen. Die SLFP - hier die Parteivorsitzende Sirimavo Bandaranaike, ist die wichtigste Partei dieses Bündnisses (Foto: Walter Keller)

eigens Büros eingerichtet, in denen sich Kandidaten für die Wahlen im Jaffna-Distrikt registrieren lassen konnten. Die dort für zahlreiche tamilische Parteien, die alle in Konkurrenz zur LTTE stehen und deshalb vorwiegend mit der Regierung zusammenarbeiten, kandidierenden Personen, wurden zur Registrierung mit Armeeflugzeugen nach Tellippallai eingeflogen. Bei den tamilischen Parteien, die in Jaffna Kandidaten aufgestellt haben, handelt es sich um die 'Eelam Peoples Democratic Party' (EPDP), die 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF) sowie um eine Koalition aus 'Eelam Revolutionary Organisation' (EROS), 'Peoples Liberation Organisation of Tamil Eelam' (PLOTE) und 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO). Die drei Parteien haben sich unter dem Namen 'Tamil National United Front' (TNUF) zusammenschlossen. Außer in Jaffna bewirbt sich die TNUF auch um Stimmen in Batticaloa, Amparai, Colombo, Vavuniya und Trincomalee. Auch der 'Sri Lanka Moslem Congress' wird in Jaffna kandidieren.

Menschenrechtsgruppen haben die Entscheidung der Regierung kritisiert, Wahlen auch in den umkämpften Landesteilen abzuhalten. Die 'Tamil United Liberation Front', die in Batticaloa,

Amparai, Colombo, Vavuniya und Trincomalee kandidiert, spricht sich ebenfalls gegen Wahlen im nördlichen Jaffna-Distrikt aus, der nur zu höchstens zwanzig Prozent von den srilankischen Streitkräften kontrolliert wird. Insgesamt leben derzeit schätzungsweise 600.000 Menschen auf der Jaffna-Halbinsel; in dem von den Regierungstruppen gehaltenen Gebiet - und nur dort könnten praktisch die Wähler ihre Stimme abgeben - sind es allerdings nur etwa 7.000. Dies würde bedeuten, daß nur 7.000 Einwohner über die 13 Sitze im Parlament entscheiden könnten, die insgesamt für den äußersten Norden Sri Lankas vorgesehen sind.

Die früher gerade in Jaffna sehr einflußreiche TULF, deren führende Persönlichkeiten innerhalb der letzten Jahre von der LTTE ermordet wurden, hat sich an den Obersten Gerichtshof in Colombo gegen die Durchführung von Wahlen im Jaffna-Distrikt gewandt. Dort seien faire und freie Wahlen derzeit nicht möglich. Da die Richter sich weigerten, den Antrag zuzulassen, reichte die Partei eine Klage wegen der Verletzung fundamentaler Grundrechte ein, die jedoch auch abgewiesen wurde.

In Colombo stellt sich unter Führung von Kumar Ponnampalam erstmals eine unabhängige tamilische Gruppierung zur

Wahl, die überwiegend aus Intellektuellen, pensionierten Richtern, Lehrern und Beamten sowie Schriftstellern besteht. Die Gruppe fordert die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in den Nordostgebieten und verlangt eine stärkere Beteiligung von Tamilen an der Regierungspolitik. Damit wirbt zum ersten Mal in Colombo eine tamilische Gruppe offen um die Stimmen der schätzungsweise 175.000 tamilischen Wähler, die bisher überwiegend für die derzeit regierende UNP gestimmt hatten.

Gewalttätige Ausschreitungen

Seit Ankündigung der Wahlen ist es bereits zu über eintausend Zwischenfällen gekommen, die zum großen Teil mit Gewalt verbunden waren. Dabei fanden zahlreiche Personen den Tod. So attackierten UNP-Mitglieder, darunter sollen sich auch Parlamentarier befunden haben, Büros der Oppositionsparteien, wobei drei Menschen ums Leben kamen und fast 200 verletzt wurden. Auch Unterstützer der Parteien, die sich in der 'People's Alliance' zusammengeschlossen haben, werden für Anschläge verantwortlich gemacht. Schlimmster Vorfall war der Überfall auf einen LKW mit Anhängern der UNP im Süden der Insel, bei dem zwei UNP-Mitglieder erschos-

sen wurden. Und in den wenigen, von der Armee kontrollierten Gebieten im Jaffna-Distrikt, gerieten Angehörige der EPDP und der EPRLF aneinander. Die EPRLF warf der tamilischen Konkurrenz vor, gegen ihre Kandidaten mit Gewalt vorzugehen und forderte sowohl Sicherheitskräfte als auch die Wahlkommission auf dafür Sorge zu tragen, die EPDP zu entzweigen. Dies wurde von der Militärspitze abgelehnt mit der Begründung, die Kader der EPDP arbeiteten eng mit den Regierungssoldaten zusammen, um in den "von der LTTE gesäuberten Gebieten für Sicherheit zu sorgen".

Menschenrechtsgruppen in Sri Lanka haben nach den zahlreichen Vorkommnissen an alle Parteien und Wählergemeinschaften appelliert, sich der Gewalt zu widersetzen und keine rassistische Propaganda zu betreiben. Die 'Organisation for Free and Fair Elections' ist derzeit dabei, Wahlbeobachtergruppen - auch aus dem Ausland - zu formieren.

Aufwendiger Wahlkampf

Siebzehn Jahre freie Marktwirtschaft haben auch im Wahlkampf ihre Spuren hinterlassen: Alle Parteien werben mit Hilfe der großen kommerziellen Werbeagenturen, die Zeitungen sind voll mit mehr oder weniger anspruchsvoller Wahlwerbung, die fünf privaten Fernsehsender verkaufen Sendezeit für Wahlspots, und auch das staatliche Fernsehen 'Rupavahini' bietet allen Parteien Sendezeit an. Während früher die Kandidaten auf Wahlplakaten meist nur im weißen "National Dress" aus Baumwolle zu sehen waren, zeigt sich derzeit Premierminister Ranil Wickramasinghe, dessen Wahlkampf von der Werbeagentur, die auch für US-Präsident Clinton arbeitet, fast "Yuppie-haft" auf Wahlplakaten der UNP in Jeans.

Inhaltlich unterscheiden sich die Wahlprogramme von UNP und PA nur marginal. Beide Gruppen versprechen Unterstützung für die Armen und Arbeitslosen. Während die PA bei einem Wahlsieg ein Ende des Bürgerkrieges und sofortige Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit der LTTE verspricht, verkündet die UNP die militärische Zerschlagung der LTTE für den Fall, daß die tamilischen Rebellen nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren - warum sie dies nicht bereits während der 17 Regierungsjahre getan hat, bleibt das Geheimnis der UNP.

Trotz moderater Töne läßt auch die PA offen, wie sie zu einer politischen Lösung des Konfliktes zu kommen gedenkt. In der umstrittenen Frage bezüglich der Zukunft der Nordost-Provinz plädiert PA-Chefin Chandrika Kumaranatunge, Tochter von Sirimavo Bandara-

naike, für einen Zusammenschluß der vorwiegend von Tamilen besiedelten Nordost-Provinz. Allerdings sollte der 'Grenzverlauf' neu geregelt werden und die Gebiete, die vorwiegend von Sinhalesen bewohnt werden, aus der Nordost-Provinz ausgeklammert werden, um sie dann anderen, mehrheitlich von Sinhalesen besiedelten Gebieten (Nord-Zentral-Provinz, Uva Provinz), zuzuschlagen. Ob sich die LTTE mit einer solchen Lösung einverstanden erklären könnte, bleibt ungewiß. Die von der LTTE herausgegebene Zeitung 'Viduthalai Puligal' hat Frau Kumaranatunge bereits vorgeworfen, sie schiele mit solchen Vorschlägen nur auf die Stimmen der tamilischen Bevölkerung. Im Grunde sei sie vergleichbar mit Ex-Präsident Premadasa, der mit zwei Zungen gesprochen habe: er habe einerseits über Frieden geredet, andererseits Tamilen aber den Krieg erklärt.

Doch im Vordergrund des Wahlkampfes scheint auch für die PA nicht die Lösung des ethnischen Konfliktes zu stehen. Sie wirbt für eine Politik der "offenen Wirtschaft mit menschlichem Gesicht". Zu den prominentesten Unterstützern der PA zählen Dr. Lal Jayawardena, ehemaliger Direktor des UN-eigenen 'World Institute for Development Research' (WIDER) in Helsinki sowie der ehemalige Vizeminister der Universität von Colombo, Professor G.L. Peries. Die Chancen für die PA stehen nicht schlecht, zumal Chandrika Kumaranatunge - nach dem grandiosen Mai-Wahlsieg der PA in der Südprovinz - (siehe auch 'Südasiens', 4-5/94) nach wie vor die Massen anspricht, während die UNP noch ihre eigene Position zu suchen scheint und die zentrifugalen Kräfte innerhalb der Partei noch nicht wieder unter Kontrolle gebracht sind.

Der Ausgang der Parlamentswahlen wird auch richtungsweisend sein für die im Dezember diesen Jahres anstehenden Präsidentschaftswahlen. Sollte es im August wirklich zum 'Sturz' der UNP kommen, so sähe sich Präsident Wijetunga bis Dezember in einer äußerst schwierigen Position, müßte er doch unter einer von der SLFP geführten Regierung sein Exekutivamt ausüben. Ein Sieg der Opposition würde dann wohl dazu führen, daß Wijetunga als UNP-Präsidentschaftskandidat im Dezember nicht mehr tragbar wäre. Schon steht der einige Jahre abtrünnige, erst kürzlich wieder in die UNP eingetretene, Gamini Dissanayake im Schatten von Wijetunga und auch der derzeitige Premier Ranil Wickramasingha dürfte dann eine Chance haben.

Bei einem Wahlsieg der von der SLFP geführten Allianz rechnet man allgemein damit, daß Chandrika Kumaranatunge neue Premierministerin wird. Mit ihr als

Do you want to stand in a queue for your basic household requirement? No one knows how long you will have to be in the queue. You could have used all the time you spent in the queue for useful purposes. But the Opposition government never thought of the inconvenience and injustice to the public by the queue system. However, in July 1977, the vast majority of voters who were frustrated and fed up of standing in queues elected a UNP government.

In place of queues, the UNP government gave development. Their liberal economic policies brought forth an era of plenty. They put an end to shortages and scarcities. People no longer had to suffer the indignity of standing in queues for their basic essentials. The UNP was determined to abolish the need for queues.

Think hard. Are you going back to a period of queues and shortages? This is what will happen if you vote for the so-called Alliance.

Choose between stability and chaos!

For a stable and strong government, vote UNP.

Wahlkampfwerbung der UNP (Ausriß)

Premier würden sich sicherlich die Chancen auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember für eine politische Persönlichkeit erhöhen, die in der Vergangenheit die Geschicke der Inselrepublik bereits über Jahre geleitet hat: Sirimavo Bandaranaike, ehemalige Premierministerin und Mutter von Chandrika Kumaranatunge. Die Chancen, daß Sri Lanka demnächst von Mutter und Tochter regiert wird, stehen nicht schlecht.

Interessant ist, daß auch die verbotene 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP) über eine Frontorganisation wieder von sich reden macht. Am 14. Juli, dem Geburtstag des 1989 von Soldaten ermordeten JVP-Führers, Rohana Wijeweera, wurde die 'Jathiye Galawaganeeme Perumana' (JGP; Nationale Rettungsfront) als JVP-Organisation in Nuwegoda, einem Vorort von Colombo gegründet. Somawansa Amerasinghe, angeblich im Londoner Exil lebender Führer der verbotenen JVP, ließ eine Grußadresse vor den 10.000 Teilnehmern der Veranstaltung verlesen. Da der JGP die Zulassung als Partei verwehrt wurde, kandidiert sie auf der Liste der 'Sri Lanka Progressive Front' von Ariya Bulegoda. Sie hat in 19 Distrikten 242 Kandidaten aufgestellt, darunter keinen einzigen Tamilen. Die Wahlen werden also auch zeigen, ob die JVP noch über eine nennenswerte Unterstützung in Sri Lanka verfügt.